

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



© DBB NRW

die Ausbreitung des Coronavirus betrifft uns alle, beunruhigt und fordert uns zugleich. Das Virus bringt das öffentliche Leben zum Stillstand. Der öffentliche Dienst ist mit der vielleicht größten Herausforderung unserer Nachkriegsgeschichte konfrontiert. Jeder Angehörige – ob in der Landes- oder Stadtverwaltung – ist jetzt ganz besonders gefordert. Das ist Ihnen und mir sehr wohl bewusst und jeder tut sein Bestes an seinem jeweiligen Platz.

Dabei müssen jedoch der Schutz und die Sorge für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso ernst genommen werden wie die zu erledigenden Aufgaben für die Allgemeinheit. Jetzt zeigt sich erneut, dass auf den öffentlichen Dienst Verlass ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Krise bewältigen werden.

Auch im Namen des gesamten Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen wünsche ich Ihnen und Ihren Familien: Bleiben Sie gesund!

Ihr Roland Staude

## WIR: gemeinsam für unsere Mitglieder, für einen starken öffentlichen Dienst und für NRW

Der DBB NRW bleibt weiterhin für seine Fachgewerkschaften und seine Mitglieder als Ansprechpartner erreichbar

**Die Ausweitung der Corona-Infektionen in NRW stellt uns alle vor zum Teil nicht sofort lösbare Situationen und Herausforderungen. In Zeiten, in denen wir untereinander auf Distanz gehen müssen, brauchen wir dennoch Strukturen, Fachkompetenz und ein soziales Miteinander.**

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen versucht, den Geschäftsbetrieb der Landesgeschäftsstelle auch in den nächsten Wochen aufrechtzuhalten. Auch wenn Antworten vielleicht nicht in der gewohnten Art und Weise

erfolgen, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DBB NRW bestrebt, zeitnah Rückmeldungen zu geben und mit einer Rechtsberatung, Informationen oder sonstigen Dienstleistungen zur Seite zu stehen.



© sdecoret / Adobe.Stock

Zeiten wie diese erfordern Mut, Flexibilität, Einfallsreichtum und ein soziales Miteinander in der derzeitigen Form.

Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen der nächsten Wochen meistern! Das WIR zählt!

JDS

### 4 Personalratswahlen

Gesetz sieht Verschiebung der Personalratswahlen vor



### 5 Rettungsschirmgesetz

DBB NRW begrüßt schnelle finanzielle Hilfe



### 5 Bericht der Rentenkommission

DBB NRW fordert das Ende der Neiddebatte



# Ein starker öffentlicher Dienst ist in Krisenzeiten die Lebensversicherung für unseren Staat und die Menschen darin

Roland Staude zur aktuellen Situation im Zeichen der Corona-Pandemie

Das DBB NRW Magazin hat den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Staude, u. a. zum notwendigen Schutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum Homeoffice befragt.

**DBB NRW Magazin:** Herr Staude, gestatten Sie uns zunächst eine private Frage: Wie geht es Ihnen und Ihrer Familie?

**Roland Staude:** Gesundheitlich geht es uns allen gut. Meine Präsenz in der DBB NRW Geschäftsstelle in Düsseldorf ist nur noch eingeschränkt. Überwiegend praktiziere ich im Homeoffice. Dies ist eine ganz neue Erfahrung. Die Arbeitszeiten sind ganz andere. Interessanterweise gehen die ersten Telefonate bereits gegen 7 Uhr ein und die letzten werden teilweise weit nach 22 Uhr geführt. Eine permanente Erreichbarkeit wird unterstellt. Darüber hinaus habe ich das Instrument von Telefon- und Videokonferenzen sehr schätzen gelernt.

Für eine fünfköpfige Familie ist die jetzige Zeit schon eine besondere Herausforderung. Ich bin positiv überrascht, mit welchem Engagement sich die Lehrerinnen und Lehrer dem sogenannten „Home-schooling“ annehmen. Das ist nicht nur aus Gründen der Wissensvermittlung wichtig, sondern auch damit die Kinder weiterhin eine feste Struktur haben.

**DBB NRW Magazin:** Man hatte manchmal den Eindruck, dass es einen Wettbewerb der Länder im Hinblick auf die zu treffenden Maßnahmen gibt. Hat

der Föderalismus bislang funktioniert?

**Roland Staude:** Die COVID-19-Pandemie stellt einen Stress-test für den Föderalismus, für das Recht und für die Verfassungen dar.

Eine solche Situation hat es seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gegeben. Eine bessere Abstimmung wäre sicherlich hilfreich gewesen. Die Grundausrichtung ist jedoch in unserem föderalen Staatsaufbau identisch und einheitlich. In unserem politischen System spielen aber auch immer Machtfragen eine entscheidende Rolle, da wollen oder müssen sich auch „Politiker“ positionieren.

Der Föderalismus hat gegenüber dem Zentralismus aber den entscheidenden Vorteil, dass die einzelnen Bundesländer oder Kommunen genau wissen, welche konkreten Maßnahmen sie mit der vorhandenen Infrastruktur vor Ort zielführend einsetzen können. Notwendige Maßnahmen für Nordrhein-Westfalen müssen nicht unbedingt für Mecklenburg-Vorpommern gelten oder gar zur Anwendung kommen. Auch in Nordrhein-Westfalen haben einige Großstädte zu Beginn der Krise weitergehende Maßnahmen getroffen, da sie dies



Roland Staude

© Windmüller (2)

vor Ort als notwendig angesehen haben. Die Kommunen besitzen diese rechtlichen Möglichkeiten und das ist auch gut so.

Hier muss die „staatliche Verhältnismäßigkeit“ gewahrt bleiben. Europäisch würde ich die Fragestellung anders beurteilen. Hier gibt es zu wenig Gemeinsamkeiten und zu viele Erosionsprozesse.

**DBB NRW Magazin:** Kommen wir zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen, die jeden Tag ihre Frau bzw. ihren Mann stehen müssen. Was sagen Sie unseren Kolleginnen und Kollegen?

**Roland Staude:** Ich kann mich nur bei je-

der einzelnen Mitarbeiterin, jedem einzelnen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bedanken, die alle dafür sorgen, dass unser Staat trotz der

**DBB NRW Magazin:** Sind die Angehörigen der Stadt- und Landesverwaltung ausreichend geschützt, was muss getan werden, dass sie sich nicht mit dem Virus anstecken?

Wie ist der öffentliche Dienst darauf vorbereitet gewesen?

**Roland Staude:** Die Krise macht deutlich, dass die Resorts sehr unterschiedlich

und auch wir aus dieser Krise ziehen?

**Roland Staude:** Diese Antwort erfordert eine detaillierte Analyse. Es wäre unangemessen, bereits heute hier den Schläumeier zu spielen. Aus diesem Grund hat der DBB NRW auch in seiner Stellungnahme zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020 NRW und zum Rettungsschirmgesetz NRW zum Ausdruck gebracht, dass wir zu gegebener Zeit noch zusätzlich konkrete Vorschläge nachreichen werden.

**DBB NRW Magazin:** Was halten Sie vom Rettungspaket der Landesregierung?

**Roland Staude:** Der DBB NRW hat es ausdrücklich begrüßt, dass das Land NRW entschlossen ist, schnelle finanzielle Hilfe zu gewähren, um Schäden für alle Beteiligten zu mildern.

Für uns war es jedoch wichtig, in unserer Stellungnahme bereits zu verdeutlichen – auch als Signal an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – dass durch geeignete, auch gesetzgeberische Maßnahmen klarzustellen ist, dass geleistete Mehr- und Überstunden nicht wegfallen dürfen.

Gerade in der jetzigen Situation zeigt sich erneut, dass auf den öffentlichen Dienst zu jeder Zeit Verlass ist und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jederzeit das Funktionieren des Staates zu garantieren bereit sind.

**DBB NRW Magazin:** Vielen Dank für das Interview. Bleiben Sie und Ihre Familie gesund. ■



erheblichen Einschränkungen weiter funktioniert.

Ob im medizinischen und sozialen Bereich, im Bereich Sicherheit und Ordnung – auf der Straße und im Justizvollzug –, in den Krisenstäben, in der Bundesagentur für Arbeit, in Bundes- und Landesministerien, Kreis- und Kommunalverwaltungen, Kitas und Schulen, im Bankensektor und in Gerichten und Behörden, die vielleicht bisher noch nicht in unserem Bewusstsein waren, ihnen allen gilt mein und unser aller Dank.

Diese schreckliche Pandemie zeigt mal wieder, dass ein starker öffentlicher Dienst in Krisenzeiten die Lebensversicherung für unseren Staat und die Menschen darin ist.

**Roland Staude:** Hier besteht mit Sicherheit noch erheblicher Optimierungsbedarf. Leider fehlt es oft an der notwendigen Schutzausstattung. Mich erreichen Hilferufe, dass beispielsweise einem Außendienst, der Kontaktverbote überwacht und Ansprachen vor Ort durchführt, die Desinfektionsmittel für andere Bereiche abgenommen wurde.

Neben der möglichst schnellen Beschaffung der notwendigen Materialien muss hier auch die Planung für die nächste Krise ansetzen. Wir dürfen uns von anderen Ländern nicht bei elementaren Hilfsgütern abhängig machen. Hier haben betriebswirtschaftliche Beschaffungsgrundsätze hinten anzustehen.

**DBB NRW Magazin:** Das beste Mittel gegen die Ansteckungsgefahr ist das „Homeoffice“.

aufgestellt sind. In manchen Bereichen ist Homeoffice bereits in sehr großem Umfang möglich, in anderen Bereichen steckt die Digitalisierung noch in den Kinderschuhen. Wenn man der Pandemie überhaupt etwas Gutes abgewinnen kann, dann ist es, dass die Digitalisierung einen notwendigen Anstoß bekommen hat.

Der Unterricht der Schüler durch die Lehrer ist bei den gegebenen Mitteln vorbildlich. Der Ausbau der Videokonferenzen ist inflationär. Die Grenzen finden wir jedoch schon wieder in den Überlastungen der Leitungen. Die Verbesserung der Infrastruktur muss jetzt angegangen und forciert werden.

Auch wir als DBB NRW sind dabei uns hier neu aufzustellen.

**DBB NRW Magazin:** Welche Lehren sollten die Regierenden



# Überstunden vor Verfall geschützt – Personalratswahlen verschoben

Epidemie-Gesetz erfüllt Erwartungen des DBB NRW

**Die Landtagsfraktionen haben Wort gehalten und mit dem am 14. April 2020 im NRW-Landtag verabschiedeten Epidemie-Gesetz die in der Krise im öffentlichen Dienst gemachten Überstunden vor dem Verfall geschützt. Damit kommen sie einer Forderung des DBB NRW nach, die er im Zusammenhang mit dem Rettungsschirmgesetz formuliert hatte.**

Eine weitere Forderung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen wurde im Änderungsantrag zum Epidemie-Gesetz im Bereich des LPVG NRW sogar im Wortlaut aufgenommen.

Besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Aus diesem Grund hatte der DBB NRW das Rettungsschirmgesetz zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie ausdrücklich begrüßt.

**„Beschäftigte machen einen tollen Job und gehen mitunter an ihre Grenzen“**

In der Stellungnahme hatte er aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die in der Krise

geleisteten Überstunden der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst in jedem Fall vor dem Verfall geschützt werden müssen. „Die Beschäftigten machen einen tollen Job und gehen mitunter an ihre Grenzen“, erklärt **Roland Stau-de**, 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen. „Sie müssen die Sicherheit haben, dass die Überstunden nicht verjähren, denn ein zeitnaher Abbau ist momentan kaum möglich.“

Entsprechend begrüßt er das jetzt verabschiedete Gesetz, das sicherstellt, die in der Krise geleisteten Überstunden der Beschäftigten nicht verfallen zu lassen.

Der DBB NRW weist jedoch erneut deutlich darauf hin, dass sich die Regelungen nicht nur auf die aktuell gemachten Überstunden beziehen dürfen. Auch ältere Überstunden müssen einen Bestandsschutz erhalten, denn aktuell gibt es nahezu keine Möglichkeiten, diese in Freizeit auszugleichen.

## Klarheit für die Personalratswahlen

Darüber hinaus begrüßt der DBB NRW ebenfalls die Änderungen zum Epidemie-Gesetz bezüglich des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW.

Darin geht es unter anderem um die Möglichkeit der Personalräte, Beschlüsse für einen befristeten Zeitraum auch im Umlaufverfahren oder durch elektronische Abstimmungen fassen zu können.

Da dieser Zeitraum im Gesetzentwurf nicht klar definiert war, hatte der DBB NRW in seiner Stellungnahme im Sinne der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit um Klarstellung gebeten. Dieser Forderung sind die Landtagsfraktionen nun sogar wortwörtlich in ihrem Änderungsantrag zum Gesetz nachgekommen, das jetzt verabschiedet wurde.

Die eigentlich bis zum Ende der derzeitigen Wahlperiode am 30. Juni 2020 durchzuführenden Personalratswahlen in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen sollen weitgehend verschoben werden. ■

**Wegen der Verschiebung der Personalratswahlen wird die geplante Sonderausgabe, die für April angedacht war, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.**

Haushalt

## Auf den öffentlichen Dienst ist jederzeit Verlass

DBB NRW zum Rettungsschirmgesetz und Nachtragshaushaltsgesetz 2020

**Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen begrüße ausdrücklich, dass das Land Nordrhein-Westfalen entschlossen ist, schnelle finanzielle Hilfe zu gewähren, um Schäden für alle Beteiligten zu mildern, so Roland Stau-de, Vorsitzender des DBB NRW.**

Der DBB NRW hat zu dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungs-

schirmgesetz) und zu dem Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020

– NHHG 2020) vom 23. März 2020 Stellung genommen.

Auch um das möglichst rasch durchzuführende parlamentarische Verfahren nicht zu verzögern, hat sich der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen einer ausführlichen Stellungnahme enthalten. Der Vorsitzende des DBB NRW: „Wir erkennen dabei an, dass aufgrund der derzeitigen besonderen Krisensituation eine zwar pragmatische, aber dennoch demokratische Beteili-

gungsprozesse währende Verfahrensweise gewählt wird.“

Der DBB NRW will zeitnah Vorschläge unterbreiten, welche Maßnahmen aufgrund der Krisensituation aus seiner Sicht notwendig und geboten sind. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sei aber – auch als Signal an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – durch geeignete, auch gesetzgeberische Maßnahmen klarzustellen, dass geleistete Mehr- und Überstunden nicht verfallen.



© bildedesign / Fotolia

Dies gelte für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes und nicht nur für jetzt aufgrund der besonderen Belastungssituation neu anfallende, sondern auch für bereits vorhandene Stunden. Diese könnten nämlich derzeit weitgehend nicht mehr in Freizeit ausgeglichen werden, so **Roland Staude** in seiner Stellungnahme. Ein finanziel-

ler Ausgleich sei aufgrund der hierfür vorgesehenen Beträge nicht ausreichend und auch nicht angemessen.

**Roland Staude:** „Gerade in der jetzigen Situation zeigt sich erneut, dass auf den öffentlichen Dienst zu jeder Zeit Verlass ist und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jederzeit

das Funktionieren des Staates zu garantieren bereit sind. Der öffentliche Dienst verdient dafür die Wertschätzung, die ihm in der Vergangenheit zu oft verwehrt wurde.“

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat am 24. März 2020 mit den Stimmen aller Fraktionen das Gesetz zur Er-

richtung eines Sondervermögens verabschiedet. Dieses sogenannte NRW-Rettungsschirmgesetz wird von einem Nachtragshaushaltsgesetz für das Jahr 2020 flankiert. Damit stehen nun bis zu 25 Milliarden Euro zur Verfügung, um die direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise abzufedern. ■

## Unser Ziel ist es, Einkommen und Beschäftigung zu sichern

Kurzarbeit im kommunalen Bereich – Einigung auf Eckpunkte gelungen

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hat sich mit dem dbb und ver.di auf Eckpunkte zu Regelungen zur Kurzarbeit im kommunalen Bereich geeinigt. **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, begrüßt die Einigung, gebe sie doch den betroffenen Beschäftigten Sicherheit. „Eine gute Nachricht für jene, die sich nicht nur um ihre Gesundheit Sorgen ma-

chen müssen, sondern auch um ihre wirtschaftliche Zukunft“, so Staude.

Der Vorsitzende der DBB NRW Tarifkommission, **Andreas Hemsing**, der die Verhandlungen gemeinsam mit dbb Tarifchef **Volker Geyer** geführt hat, betont, dass das Ziel sei, Einkommen und Beschäftigung zu sichern. Eine Regelung für Kurzarbeit im öffentlichen Dienst dürfe ausschließlich für bestimmte abge-

stimmte Bereiche und den Sonderfall der Corona-Krise gelten. „Diese Regelung ist definitiv nicht als Freifahrtschein für mögliche andere Situationen zu sehen“, so Hemsing.

**Und darauf wurde sich geeinigt:**

Von der Bundesagentur werden während der Kurzarbeit 60 Prozent (bei Beschäftigten mit Kindern 67 Prozent) der Nettoentgeltdifferenz zwi-

schen bisherigem Einkommen und Einkommen während der Kurzarbeit als Kurzarbeitergeld gezahlt. Der Tarifvertrag mit den Kommunen kann vor Ort nur unter Beteiligung der dortigen Personal- und Betriebsräte angewandt werden.

Der Tarifvertrag gilt nur für die aktuelle Corona-Pandemie. Er tritt am 1. April 2020 in Kraft und endet am 31. Dezember 2020 ohne Nachwirkung. ■



## DBB NRW fordert das Ende der Neiddebatte

Bericht der Rentenkommission der Bundesregierung

**Die Rentenkommission der Bundesregierung kommt zu dem Schluss, dass eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Rentenversicherung deren Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil langfristig sogar verschlechtern würde. Der DBB NRW begrüßt die klaren Worte und fordert deswegen ein Ende der ewigen Neiddebatte um die Alterssicherung.**

Mit schon fast vorhersagbarer Regelmäßigkeit taucht immer

wieder die Forderung auf, die Beamtinnen und Beamten in

die Rentenversicherung einzu-beziehen.

Und mit der gleichen Regelmäßigkeit wird dieser Vorschlag von den einschlägigen Experten als weder sinnvoll noch durchführbar bewertet. Auch der aktuelle Bericht der Rentenkommission der Bundesre-

gierung kommt zum gleichen Schluss: Die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Rentenversicherung würde massive Mehrausgaben nach sich ziehen und die finanzielle Situation der Rentenversicherung langfristig nicht verbessern, sondern sogar verschlechtern.



Zudem müssten aus den aktuellen Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur die Rentenversicherungsbeiträge für die Beamtinnen und Beamten finanziert, sondern gleichzeitig müsste auch eine kostenintensive zusätzliche Altersvorsorge aufgebaut werden – und das alles bei gleichbleibenden Pensionsverpflichtungen.

**Roland Staude: „Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten bringt nur Nachteile für alle Beteiligten“**

Der Bericht der Rentenkommission macht endgültig deutlich, dass der häufig in der Neiddebatte angeführte Vergleich von

Renten und Pensionen nicht zielführend ist. „Anstatt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, würde die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten



Vorsitzender des DBB NRW. „Denn die Mehrausgaben, die heute für die Rentenversicherungsbeiträge und die Zusatzversorgung der Beamtinnen und Beamten getätigt werden müssten, würden an anderer Stelle für dringend notwendige Investitionen fehlen, z. B. ins Bildungssystem oder die Infrastruktur.“

Aus diesem Grund fordert der DBB NRW Landesvorsitzende alle Akteure dringend dazu auf, die Neiddebatte zum Thema Renten und Pensionen endlich zu begraben. Stattdessen sollte mit mehr Sachlichkeit an guten Lösungen gearbeitet werden, wie die Rente mit Blick auf die demografische Entwicklung langfristig zukunftsfest gemacht werden kann. **JMJ**

© SZ-Designs / adobe.stock  
nur Nachteile für alle Beteiligten bringen. Für Beamtinnen und Beamte, für Rentnerinnen und Rentner, aber auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger“, erklärte **Roland Staude**,

DBB intern

# Wolfgang Römer mit Verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet

## Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Der Minister der Justiz, **Peter Biesenbach**, hat am 4. März 2020 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an **Wolfgang Römer** ausgehändigt. Die Verdienstorden sind eine besondere Auszeichnung, die der Bundespräsident für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht.

**Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, gratulierte im Anschluss herzlich. Römer war viele Jahre stellvertretender Vorsitzender des DBB NRW.

Wolfgang Römer wurde bereits 1996 für sein Engagement im gewerkschaftlichen und be-



Peter Biesenbach und Wolfgang Römer



Roland Staude, Wolfgang Römer und Ulrich Biermann (von links)

rufsständigen Bereich mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Jetzt hat ihm der Bundespräsident den nächsthöheren Verdienstorden, das Verdienstkreuz 1. Klasse, verliehen.

Wolfgang Römer erhält diese weitere Auszeichnung, weil er sein Engagement im gewerkschaftlichen und berufsständigen Bereich fortgeführt und weiter gesteigert hat.

Das Ministerium der Justiz hat ihn – durchgehend seit 2007 – als ordentliches Mitglied aus dem Kreis der Arbeitnehmer in den beratenden Ausschuss für die Ernennung der Berufsrichterinnen und Berufsrichter bestellt. Im Jahre 2010 wurde Wolfgang Römer zudem als beratendes Mitglied für Arbeitnehmerinteressen in den Regionalrat bei der Bezirksregierung Arnsberg gewählt und 2014 für eine weitere Legislaturperiode bestätigt.

## CDA NRW Vorsitzender Dennis Radtke trifft Roland Staude

Zu einem Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, kam der Landesvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalen (CDA NRW), **Dennis Radtke**, MdEP, am 5. Februar 2020 in die DBB NRW Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Die aktuellen

Entwicklungen hinsichtlich der Verbreitung des Coronavirus waren auch hier das Gesprächsthema: Verlagerung von Arbeitsplätzen, verstärkte Nutzung von „Homeoffice“, Aufrechterhaltung der Infrastruktur und weitere mögliche Folgen. „Der regelmäßige Austausch mit den Gewerkschaften ist mir sehr wichtig“, sagte Radtke am Ende des Gesprächs. ■



Dennis Radtke und Roland Staude

© DBB NRW



Vorsitzender DBB Kreisverband Wesel Michael Nabbe, Minister Herbert Reul, Schriftführerin Cornelia Doernmann und stellv. Vorsitzender Burkhard Welling (von links)

## DBB Kreisvorstand Wesel trifft NRW-Innenminister Herbert Reul

Am Rande einer Veranstaltung der CDU-Kreistagsfraktion Wesel mit dem Minister des Inneren, **Herbert Reul**, hatten Mitglieder des DBB Kreisvorstandes Wesel die Möglichkeit, mit dem Minister ins Gespräch zu kommen. Wichtige Themen wie innere Sicherheit, Respekt gegen Polizeibeamte und die Kriminalitätsbekämpfung konnten mit ihm besprochen werden. ■

## Kostenfreies Jobticket für Angehörige der Stadt Düsseldorf

DBB Düsseldorf im Gespräch mit OB Thomas Geisel

Der DBB Stadtverband Düsseldorf unter der Leitung des Vorsitzenden Joachim Klein regte im Gespräch mit Oberbürgermeister Thomas Geisel die Einführung eines kostenfreien Jobtickets für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Düsseldorf an.

Ein kostenfreies Ticket als positive Maßnahme für einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Steigerung der Stadtverwaltung als attraktiver Arbeitgeber: Dies forderten u. a.

die Vorstandsmitglieder des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Stadtverband Düsseldorf. Damit unterstützt der Stadtverband des DBB eine zentrale Forderung

der komba gewerkschaft, Ortsverband Düsseldorf.

Der Oberbürgermeister will sich dieses wichtigen Themas annehmen und eine Bestands-

aufnahme über die aktuellen Nutzerzahlen des Jobtickets sowie die Möglichkeiten zur Erhöhung der Abnahmezahlen zur Senkung der Abgabepreise prüfen lassen.

Zudem wurde diskutiert, wie Anreize für Autofahrer und Autofahrerinnen geschaffen werden können, zukünftig das Jobticket und damit den ÖPNV zu nutzen. Das Verfahren hinsichtlich der Abnahme eines Jobtickets als Grundlage zur Nutzung eines Dienstparkplatzes soll überprüft werden.



**Herausgeber:** Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.  
**Chefredakteur:** Joachim Klein  
**Redaktion:** Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Johanna Muschalik-Jaskolk (JM) und Markus Klügel (MK).  
**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.  
**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.  
**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.  
**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.  
**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Neben dem Thema Umweltspur, die alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in Düsseldorf arbeiten, aber nicht in der Landeshauptstadt wohnen, betrifft, wurde der Digitalpakt Schule angesprochen.

Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die Stadtverwaltung frühzeitig dafür Sorge tragen müsse, die neu beschafften Geräte mit geeignetem Personal in den Schulen einzurichten, zu warten und ggf. reparieren zu lassen. Das dürfe nicht – wie bisher – zu Lasten der Lehrenden gehen.



Dirk Weuthen, Joachim Klein, Thomas Geisel, Petra Reichling und Rainer Linden (von links)

© DBB Düsseldorf

Besonders vor dem Hintergrund des jüngsten Cybermobbing an einem Düsseldorfer Gymnasiums wurde das Thema Gewalt an Schulen angesprochen und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrenden gefordert, wie bei Übergriffen reagiert werden soll.

An dem Gespräch nahmen für den DBB Düsseldorf neben dem Vorsitzenden Joachim Klein Petra Reichling, Rainer Linden und Dirk Weuthen teil.

Jugend

## Vernetzung und Austausch im dbb forum siebengebirge

Kreisjugendleiterforum der dbb jugend nrw

**Wie organisiert man sich und seine Arbeit in einer Kreisjugendgruppe? Welche Aktionen und Veranstaltungen kann man durchführen und – noch wichtiger – über die dbb jugend nrw abrechnen?**



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kreisjugendleiterforums der dbb jugend nrw

© dbb jugend nrw

Wie macht man am besten Werbung für seine Events und wen kann man mit ins Boot holen? Um all diese Dinge ging es beim Kreisjugendleiterforum, das die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen im Februar im dbb forum siebengebirge durchführte. 14 Vertreterinnen und Vertreter der dbb Kreisjugendgruppen aus Bonn, Düsseldorf, Remscheid, Rhein-Erft-Kreis, Duisburg, Sauerland (in Gründung), Mettmann (in Gründung) und Wuppertal waren hierfür für ein Wochenende nach Königswinter gereist.

Diejenigen, die erst seit Kurzem an der Spitze ihrer Kreisjugendgruppe stehen, freuten

sich über die Basics und eine Vorstellung von Struktur und Inhalt der gewerkschaftlichen und jugendverbandlichen Arbeit der dbb jugend nrw. Auch die alten Hasen kamen auf ihre Kosten und nutzten die Gelegenheit, sich weiter zu vernetzen, auszutauschen und in Kooperation mit anderen Kreisjugendleitungen gemeinsame Aktionen in Angriff zu nehmen.

Um den guten Zusammenhalt der Seminarteilnehmer zu fördern, hatte die Jugendorganisation auch eine genussvolle Komponente eingebaut: eine Weinprobe auf einem benachbarten Weingut. Nach einer eindrucksvollen Führung im Weinkeller, in dem selbst schon Konrad Adenauer das eine oder andere Glas Wein getrunken hat, wurden den Teilnehmern sechs auserlesene Weine vorgestellt.

MK